

*Sozial und
solidarisch*
statt Marketing

Wahlprogramm

**Partei des Demokratischen Sozialismus/
Linke Liste Konstanz**

PDS
LINKE LISTE

Warum die PDS/LL in Konstanz zu den Kommunalwahlen antritt

Sozial und solidarisch – Statt Marketing

„Sozial und solidarisch“ – das ist eine zentrale Leitlinie der Politik der PDS. Von diesen Grundsätzen läßt sich die Partei des demokratischen Sozialismus nicht nur in der „großen“ Politik in Bund und Land leiten, sie gelten auch und gerade für die Kommunalpolitik.

Denn auf Ebene der Kommunen fallen zahlreiche Entscheidungen, die für die Bevölkerung von großer Bedeutung sind. Dazu gehört beispielsweise die Versorgung mit unverzichtbaren Leistungen wie Wasser, Strom und Gas. Der Verkehr zählt dazu genauso wie Kindergärten, die medizinische Versorgung und die Bereitstellung sozialer Leistungen. Auch über die Ausstattung mit Sportstätten und Kultureinrichtungen, die ja für die Lebensqualität in der Stadt wichtig sind, entscheiden die Stadtverwaltung und der Gemeinderat.

Die Diskussion um diese Fragen ist in Konstanz – wie in anderen Städten und Gemeinden auch – geprägt von den Interessen der wirtschaftlich Mächtigen und ihrer Repräsentanten in Parteien und Verbänden. Das im Juli diesen Jahres einstimmig verabschiedete „Leitbild der Stadt Konstanz“ macht diese Dominanz mehr als deutlich. Erstellt wurde es nicht etwa von den gewählten VertreterInnen der BürgerInnenschaft, sondern unter der Federführung einer privaten Marketinggesellschaft und maßgeblicher Mitarbeit von Vertretern aus Industrie, Handel und Banken.

Zentraler Begriff in dieser „Navigationshilfe“ (OB Frank) für die nächsten zwei Jahrzehnte Konstanzer Stadtentwicklung ist das „Stadtmarketing“. Kommunalpolitik in Konstanz soll sich danach künftig noch stärker daran orientieren, daß optimale Bedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden. Alle Maßnahmen sollen dem Ziel dienen, die Interessen des einflußreichen Einzelhandels einerseits und der High-Tech-Industrie andererseits zu fördern. Und: Kommunalpolitik soll sich strikt an den Gesetzen des Mark-

Konstanzer Kommunalpolitik: Standortförderung statt soziale Projekte

Die Kandidatinnen und Kandidaten der PDS/LL auf einen Blick

- 1 **Dr. med. Michael Venedey**, Lungenfacharzt
- 2 **Stephanie Großhardt**, Schülerin
- 3 **Jan-Hendrik Czada**, Schüler
- 4 **Lioba Rister**, Krankenschwester
- 5 **Fritz Thiem**, Dozent, Dipl.Kfm.
- 6 **Nella Prati-Thiem**, Lehrerin
- 7 **Peter Kissinger**, arbeitslos
- 8 **Kornelia Mayer**, Hausfrau
- 9 **Andreas Schack**, Student
- 10 **Monika Schickel**, Logopädin
- 11 **Francesco Rugolo**, Schreiner
- 12 **Nicole Niedermüller**, Studentin
- 13 **Reiner Wagner**, Koch
- 14 **Anke Schwede**, Selbständige Slawistin
- 15 **Jürgen Geiger**, Technischer Autor
- 16 **Andrea Glas**, Lektorin
- 17 **Wolfgang Mossmann**, Ingenieur
- 18 **Stefanie Engel**, Studentin
- 19 **Horst Spinner**, Diplom-Ingenieur (FH)
- 20 **Stefan Otto**, Drucker
- 21 **Marcel Bois**, Student
- 22 **Bernhard Scheuter**, Student

tes orientieren. Leistungen die nicht profitabel sind, müssen zurückgefahren oder ganz gestrichen werden. So ist es nur folgerichtig, wenn Themen wie Armut, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, AusländerInnen und Flüchtlinge überhaupt nicht vorkommen.

Wenn dieses Konzept umgesetzt wird, dann hat es für all diejenigen Konstanzer Bürgerinnen und Bürger nichts gutes zu bedeuten, die wenig oder kein Geld haben und deshalb besonders auf soziale und kulturelle kommunale Leistungen angewiesen sind. Seit Jahren wächst die Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land; einer wachsenden Zahl von „Besserverdienenden“ steht eine noch schneller zunehmende Anzahl von Armen gegenüber. Diese Entwicklung – Folge einer von der Kohl-Regierung betriebenen und jetzt von Rot-Grün fortgesetzten Politik der Förderung der Konzerne und des Abbaus sozialstaatlicher Elemente – hat schon in der Vergangenheit zu empfindlichen Kürzungen kommunaler Leistungen geführt. Sie wird sich, sollte der „Stadmarketing-Prozess“ umgesetzt werden, noch einmal beschleunigen. Der zahlungskräftigen Klientel der Besserverdienenden bietet man Einkaufs- und Kulturmeilen, die „Modernisierungsverlierer“ werden durch die Rückführung „unprofitabler“ Leistungen noch mehr verlieren.

Städtische Finanzen

Haushaltspolitik: Verwaltung des Mangels

Der kommunale Haushalt ist gewissermaßen der Finanzplan der Stadt, der zum Einen alle laufenden Einnahmen und Ausgaben der Stadt im sogenannten Verwaltungshaushalt enthält. Er umfasst zum Anderen im Vermögenshaushalt alle Mittel, welche die Stadt für Investitionen aufbringt.

Seit Jahren besteht die haushaltspolitische Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat allerdings hauptsächlich darin, finanzielle Mängel zu verwalten. Wichtigster Indikator für die finanzielle Lage der Stadt ist die Zuführungsrate für den Vermögenshaushalt. So wird die Summe genannt, die im Verwaltungshaushalt, der sich aus Gebühren, örtlichen Steuern, einem Anteil an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer sowie staatlichen Zuschüssen finanziert, nach Abzug aller Ausgaben (Personal, Sachmittel etc.) unter dem Strich übrig bleibt. Dieser Überschuß wird für Investitionen verwendet. Die Zuführungsrate ist 1997 auf ein neues Rekordtief von 3,9 Mio. DM gesunken, für das laufende Haushaltsjahr hat sie die Stadt gar mit Null veranschlagt. Noch 1995 hatte sie 8,5 Mio. betragen, drei Jahre zuvor gar 33 Mio.

Die ständig zunehmende Zahl der Armen, die die Marktwirtschaft produziert, steht in umgekehrtem Verhältnis zur Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der kommunalen Gremien. Denn der Zentralstaat bürdet den Städten und Gemeinden in diesen Bereichen nicht nur immer neue Aufgaben auf; er wälzt auch die Kosten dieser Armut immer dreister auf die Städte und Gemeinden ab. Dabei setzt die rot-grüne Bundesregierung die von der Kohl-Regierung betriebene Politik der finanziellen Austrocknung nahtlos fort. Für den städtischen Haushalt heißt das: immer weniger Einnahmen aus staatlichen Zuweisungen, steigende Ausgaben, um die Kosten der Armut zu finanzieren (siehe Tabelle).

Staatliche Kürzungen		Mehrausgaben der Stadt	
Einkommenssteueranteil		FAG-Umlage	
93	49,8 Mio. DM	93	23,5 Mio. DM
95	49,1 Mio. DM	95	25,0 Mio. DM
97	42,7 Mio. DM	97	24,1 Mio. DM
Finanzausgleich-Einnahmen		Kreisumlage	
93	48,7 Mio. DM	93	33,5 Mio. DM
95	44,8 Mio. DM	95	35,8 Mio. DM
97	42,3 Mio. DM	97	40,6 Mio. DM

Eine Folge ist die immer stärker wachsende Verschuldung, unter der Konstanz wie viele andere Kommunen auch stöhnt. Mit 346 Mio. DM steht die Stadt (einschließlich städtische Eigenbetriebe) bei Banken und Kreditinstituten in der Kreide (1995: 141 Mio. DM), 1998 sind wieder Kredite in Höhe von 5,8 Mio. DM aufgenommen worden. Allein der Zinsdienst kostet die Konstanzer Bürgerinnen und Bürger Jahr für Jahr um die 6 Mio. DM, das sind 13,5% des gesamten Vermögenshaushalts.

Stellenstreichungen + Mittelkürzungen...

Die Haushalte der Stadt Konstanz konnten in der vergangenen Legislaturperiode jeweils nur auf den Weg gebracht werden, weil die Verantwortlichen im Rathaus Jahr für Jahr

Aus all diesen Gründen wollen wir uns einmischen. Die PDS/Linke Liste will mit ihrer Kandidatur zu den Gemeinderatswahlen einen Beitrag dazu leisten, daß die sozialen, politischen und kulturellen Interessen der Konstanzer Bürgerinnen und Bürger, die in den Stadtmarketing-Visionen mangels Kaufkraft nicht vorkommen, künftig stärkere Berücksichtigung finden.

- *Wir treten dafür ein, daß der Ausbau sozialer Leistungen und Infrastruktur für Leute mit niedrigem Einkommen den Vorrang vor „Standort“-fördernden Prestige- und Luxusprojekten haben muß.*
- *Wir lehnen das mit dem „Stadtmarketing-Prozess“ eingeleitete Vorhaben ab, immer größere Teile der kommunalen Aufgaben marktwirtschaftlichen Kriterien zu unterwerfen und an die Stelle kontroverser, demokratischer Auseinandersetzung Methoden der Managementtechnik zu setzen. Wir sind auch gegen die Ausgliederung ganzer Arbeitsbereiche aus der öffentlichen Verwaltung und Kontrolle und die Übertragung dieser Bereiche an privatwirtschaftliche Unternehmen.*
- *Wir wenden uns gegen alle administrativen und polizeilichen Maßnahmen, mit denen z.B. Obdachlose und Punks aus der Stadt vertrieben werden sollen. Die Armut muß bekämpft werden, nicht die Armen.*
- *Wir fordern einen Gebührenstopp. Kommunale Abgaben und Tarife dürfen nicht noch weiter steigen. Billige Sondertarife für große Unternehmen müssen zurückgefahren, bei der künftigen Tarifgestaltung muß stärker sozial gestaffelt werden.*
- *Wir setzen uns für Maßnahmen gegen die vielfältige Diskriminierung ein, der Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne deutschen Paß auch in Konstanz ausgesetzt sind.*
- *Wir fordern von der Stadt Konstanz, daß sie sich für die Belange der Flüchtlinge gegenüber der zuständigen Behörde im Landratsamt stark macht, den Sozialpaß für Flüchtlinge wieder einführt, und eine unabhängige Beratungsstelle schafft. Deren Aufgabe wäre es z. B. Flüchtlingen zu helfen, ihre Ansprüche gegenüber dem Landratsamt – z. B auf Behandlung im Krankheitsfall oder auf Versorgung mit Nahrungsmitteln – durchzusetzen.*
- *Und wir treten – angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geführt hat – dafür ein, daß Bemühungen um Frieden und Völkerverständigung künftig eine größere Rolle in der hiesigen Kommunalpolitik spielen.*

die Mittel gekürzt haben. So streicht die Stadtverwaltung im Auftrag des Gemeinderats seit 1994 Jahr für Jahr die Haushaltsposten um Millionensummen zusammen. Auch vor Stellenstreichungen machen sie dabei nicht halt. Der Oberbürgermeister selbst brüstet sich damit, daß für den Haushalt 1998 Einsparungen bei den Personal- und Sachausgaben von rund 5 Mio DM vorgenommen worden sind.

Nun ist „Sparen“, wie die Politiker ihre Rotstiftpolitik bewußt unzutreffend umschreiben, heutzutage populär, nicht nur in Kreisen von Wirtschaft und Politik, sondern auch in der Bevölkerung. Deshalb brüstet sich auch eine ganz große Koalition im Gemeinderat diesbezüglich mit immer neuen Vorschlägen. Die Folgen dieser Politik sind jedoch alles andere als positiv. Die Kürzungen bei Geld und Personal bedeuten nicht nur Arbeitslosigkeit oder Einkommenseinbußen für manchen Betroffenen und Mehrarbeit für die verbliebenen Beschäftigten. Sie führen für die Bürgerinnen und Bürger häufig auch zu einer Verschlechterung der städtischen Leistungen, umso mehr als die Aufgabenfülle – vor allem wegen der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut – deutlich zugenommen hat.

...und trotzdem immer höhere Gebühren

Außerdem denken Stadtverwaltung und Gemeinderat gar nicht daran, die Einsparungen weiterzugeben. Während man bei den Leistungen kürzt, werden auf der anderen Seite die Gebühren und Tarife für kommunale Leistungen munter und regelmäßig erhöht: Ob Gas, Wasser, Bus und Fähre, Kindergärten und -häuser, Schülerbeförderung oder Müll: keine Dienstleistung, die in den vergangenen Jahren nicht verteuert wurde. Rechnerisch zahlt jede Einwohnerin und jeder Einwohner dieser Stadt mehr als 1600 DM im Jahr an städtischen Gebühren – Tendenz steigend.

Dagegen hat man den Hebesatz der Gewerbesteuer, der einzigen bedeutenden Steuer, über die die Kommune selbst entscheiden kann, seit Ende der 80er Jahre unangetastet gelassen, obwohl die Wirtschaft durch die Abschaffung eines Teils dieser Steuer deutlich entlastet worden ist. Gleichzeitig werden große Unternehmen mit billigen Sondertarifen für Gas und Elektrizität bedient.

„Für die kommenden Jahre muß auf der Einnahmeseite eine Strukturverbesserung durch Steuererhöhungen ernsthaft diskutiert werden. Zusätzlich müssen auf der Ausgabe-seite den Bürgern erhebliche Abstriche am Leistungsangebot vermittelt werden“, gab 1995 der damalige Oberbürgermeister Eickmeyer die Leitlinie für die Kommunalpolitik der kommenden Jahre aus. Daran hat sich auch nach dem Amtsantritt des grünen OB Frank nichts geändert.

Trotz sinkender Einkommen und gleichzeitig immer weiter steigender Steuern und Abgaben zahlen die Bürgerinnen und Bürger also weitere Millionen für kommunale Einrichtungen. Dabei müßten diese durch die enormen Steuerzahlungen der Bevölkerung doppelt und dreifach gedeckt sein.

Prestigeobjekte...

Wer meint, daß die knappen Mittel für Investitionen wenigstens so aufgeteilt werden, daß die sozialen Probleme in dieser Stadt – Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot – zumindest gelindert werden, hat sich geschnitten. Schwerpunkte städtischer Investitionen sind seit Jahr und Tag teure

Prestigeprojekte, die unter dem Strich vor allem der Wirtschaft nützen. Dafür ist das Projekt Sea-Life nur das jüngste Beispiel. Beträge in zweistelliger Millionenhöhe hat die Stadt in den letzten Jahren auch für die Sanierungsgebiete Obere Augustinergasse, Prälaturgebäude, Wessenbergstraße/Katzgasse und Stromeyersdorf sowie das neue Areal Bahnhofplatz/Klein Venedig ausgegeben. Es handelt sich dabei fast durch die Bank um ehrgeizige Luxussanierungen, die darauf abzielen, den „Standort“ Konstanz zu „entwickeln“, sprich das Umfeld für die Wirtschaft zu verbessern.

...statt soziale Projekte

Zeigen sich Stadtverwaltung und Gemeinderat bei Wirtschaftsförderungsprojekten großzügig, so knausert man anderenorts. Der gesamte Einzelhaushalt „Soziale Sicherung“ hatte 1998 ein Volumen von 2 Mio. DM, geradezu ein Hohn angesichts der Tatsache, daß mittlerweile rund 10 Prozent der Konstanzer Bevölkerung auf Sozialhilfe angewiesen ist.

- Gerade mal 3,9 Mio. war Stadt und Gemeinderat 1998 die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wert, was noch nicht einmal die Not des zehnten Teils der mehr als 2000 Menschen lindern kann, die auf der WOBAK-Warteliste stehen.
- Obwohl es zuwenig Altenheim- und Pflegeplätze gibt, gab man im letzten Jahr nur 2,7 Mio. DM für den Bau von entsprechenden Einrichtungen aus.
- Auch die 2,7 Mio. DM für den Kindergartenbereich lagen viel zu niedrig, um den seit 1996 geltenden Anspruch auf einen Kindergartenplatz zu sichern.
- Und daß für die Schulen nur läppische 150 000 DM aufgebracht werden sollten, ist angesichts der teilweise prekären baulichen Zustände geradezu ein Skandal.

Die ganze soziale Schieflage wird deutlich, wenn man die Ausgaben für die Sanierungen (7,3 Mio.) und den Straßenbau (7,9 Mio.) dagegenhält. Daran soll sich nach dem Willen der Verantwortlichen auch in den kommenden drei Jahren nichts ändern (siehe Tabelle)

Investitionen 1999–2001	Mio. DM
Schulbaumaßnahmen	2,46
Kindergärten/Spielplätze (inkl. Zuschüsse an Träger)	5,67
Altenheime	8,66
Wohnungsbauförderung	4,73
Sportanlagen und Bäder	14,55
Sanierungsmaßnahmen	15,82
Straßenbau einschl. Beleuchtung	43,53

Katalog der Grausamkeiten

Doch die politisch Verantwortlichen wollen noch viel weiter gehen: Kommunalpolitik in Konstanz soll sich künftig noch stärker daran orientieren, daß optimale Bedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden. Das in diesem Jahr einstimmig verabschiedete „Stadtmarketing“-Konzept sieht vor, daß sich Kommunalpolitik künftig strikt an den Gesetzen des Marktes orientiert. Leistungen die nicht profitabel sind, müssen zurückgefahren oder ganz gestrichen werden. Auf der Tagesordnung stehen dabei auch Privatisie-

rungen von öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Bädern. Die Folge wird eine weitere, drastische Verteuerung und Verknappung von öffentlichen Leistungen sein, mit dem Ergebnis, daß sich die soziale Schere noch weiter öffnet.

Gewinner werden also ein weiteres Mal Leute mit Geld sein, Arme bleiben auf der Strecke.

Das will die PDS/LL

Die PDS/LL verkennt nicht, daß den Kommunalpolitikern aufgrund der staatlichen Kürzungspolitik teilweise die Hände gebunden sind. Sie fordert deshalb eine grundlegende Neuordnung der Aufteilung von staatlichen Geldern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Auf kommunaler Ebene ist das Gros von öffentlichen Dienstleistungen angesiedelt, auf die niemand verzichten kann. Deshalb muß die Finanzausstattung der Gemeinden erheblich verbessert, deren Mitspracherechte bei der Mittelverteilung entschieden ausgeweitet werden.

Wir wenden uns jedoch mit aller Entschiedenheit gegen das Lamento von CDU, FDP und SPD über fehlende Mittel, um Leistungskürzungen und Gebührenerhöhungen zu rechtfertigen. Es sind die Parteifreunde dieser Politiker, die in Bonn und Stuttgart die soziale Kahlschlagpolitik zu verantworten haben.

Gerade in Zeiten knapper Mittel muß sich die Kommunalpolitik auf das Wichtigste konzentrieren. Das aber erfordert für Konstanz eine grundsätzlich andere Gewichtung: es muß Schluß sein mit der Bevorzugung von Prestige- und Wirtschaftsförderungsprojekten. Stattdessen ist die entschiedene Aufwertung der Bereiche nötig, in denen Leistungen für Leute mit wenig Geld zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern deshalb:

- *Konzentration der kommunalen Investitionstätigkeit auf den Ausbau sozialer Leistungen und Infrastruktur für Menschen mit niedrigem Einkommen.*
- *Ausstieg aus Luxussanierungsprojekten, wo dies noch möglich ist, auf keinen Fall Einstieg in neue Prestigeprojekte (wie z.B. die Konzerthalle o.ä.).*
- *Entschiedener Ausbau der Förderung des sozialen Wohnungsbaus*
- *Ausbau bzw. Bereitstellung von Hilfen für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Flüchtlinge.*
- *Unterstützung und Förderung von Selbsthilfeinitiativen, die in diesem Sinne tätig sind.*
- *Erhöhung der Mittel für Kindergärten, Schulen und Alten- und Pflegeheime.*
- *Schluß mit den ständigen Gebührenerhöhungen. Gebührenstopp. Kommunale Abgaben und Tarife dürfen nicht noch weiter steigen. Billige Sondertarife für große Unternehmen müssen zurückgefahren, bei der künftigen Tarifgestaltung muß stärker sozial gestaffelt werden.*
- *Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes*
- *Die Stadt muß sich in Stuttgart und Berlin für eine grundlegende Änderung der Kommunalverfassung stark machen, die darauf abzielt, die Mittelausstattung zugunsten der Kommunen zu verbessern und deren finanziellen Handlungsmöglichkeiten erweitert.*

Deregulierung des Strommarktes

Ab sofort kann sich jede/r aussuchen, von welchem Anbieter er/sie Strom kaufen will. Verschiedene Unternehmen werben bereits mit – angeblich – billigem Strom. Doch bei genauerem Hinsehen stellt man fest: So billig sind die Angebote gar nicht.

So stellt eine Studie des BUND fest, daß sich in den Haushalten durch einfache Stromsparmaßnahmen ein vielfaches von dem sparen läßt, was der Wechsel zu einem – angeblich – billigen Anbieter bringt. Aber vor allem gilt: Wer den Stadtwerken den Rücken kehrt, schneidet sich ins eigene Fleisch.

Strom ist nicht gleich Strom, anders als beim Telefonieren gibt es hier große Unterschiede: Es gibt den Strom aus französischen Atomkraftwerken, der nennt sich dann „yellow“, oder es gibt noch preiswerteren aus osteuropäischen Kernkraftwerken, dessen Verkäufer verheimlichen meist, woher sie den Strom beziehen. Dann gibt es noch den Strom aus norddeutschen Kohlekraftwerken – dieser ist aber eigentlich sowieso kaum billiger – oder eben den guten alten Strom von den Stadtwerken. Der ist zwar ebenfalls kein reiner Ökostrom, aber doch wesentlich ökologischer und sozialer als der Strom der Konkurrenz.

Die Stadtwerke finanzieren damit zum Teil Solarstrom-Programme und – vor allem – den Öffentlichen Personennahverkehr in Konstanz. Wenn die Konstanzer/innen jetzt massiv zur – vermeintlich – billigen Konkurrenz wechseln, werden entsprechend die Buspreise steigen und die Buslinien ausgedünnt. Die Folge wären noch stärker überlastete Konstanzer Straßen und das ginge zu Lasten aller; auch derer, die gar nicht Bus fahren.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den Strommarkt mittels einer Regulierungsbehörde – wie auf dem Telefonmarkt – wieder stärker zu regulieren, um sicherzustellen, daß die großen Stromkonzerne nicht die kleinen Anbieter – wie z.B. die Stadtwerke – mittels Preisdumpings kaputt machen. Wir fordern sie darüber hinaus auf, Strom aus neuen, ökologischen Kraftwerken so zu fördern, daß er konkurrenzfähig mit solchem aus alten, längst abgeschriebenen, Dreckschleudern und Atoanlagen wird.

Wir fordern die Stadtwerke auf,

- *die Preise für Privathaushalte mindestens im gleichen Umfang zu senken, wie den Strom für gewerbliche Kunden;*
- *anders als zuletzt, primär die Grundgebühr zu senken – bei einer hohen Grundgebühr und niedrigen Kosten pro Kilowattstunde rentiert sich Strom sparen nicht;*
- *Preissenkungen nicht – wie zuletzt – an sittenwidrige Vertragslaufzeiten zu binden;*
- *ihr ökologisches Engagement auszuweiten: Vor allem der Bau von Blockheizkraftwerken wäre sowohl ökologisch wie ökonomisch wünschenswert; solche Kraftwerke erreichen durch Kraft-Wärme-Kopplung fast einen doppelt so hohen Wirkungsgrad wie die Großkraftwerke der Stromkonzerne. Das reduziert den Ausstoß an Kohlendioxid und die Kosten.*

Soziales und Ausgrenzung

Hilfe für psychisch sowie körperlich Kranke und arme Menschen

Leider muß man immer wieder feststellen, daß das städtische Hilfsangebot für kranke sowie arme Menschen nicht ausreichend genug ausgebaut ist.

So gibt es Menschen ohne festen Wohnsitz die z.B. erst Nachmittags bzw. Abends in Konstanz ankommen und dann keine Anlaufstelle finden, welche diesem Personenkreis eine Übernachtungsstelle vermitteln könnte. Desweiteren gibt es für diese Personen keine Möglichkeit vom 1. April bis 30. Oktober eine Übernachtungsstelle zu finden, da es in unserer Stadt nur sogenannte „Erfrierungsschutzcontainer“ gibt, welche nur in den Wintermonaten geöffnet sind. Außerdem stehen diese nur von 5.00 Uhr Abends bis 8.00 des darauffolgenden Morgen zur Verfügung. Desweiteren bieten diese menschenunwürdigen Behausungen, für bis zu 4 Personen auf 6qm, auch keine Kochmöglichkeiten.

Ebenso gibt es ältere sowie kranke Menschen, die manchmal orientierungslos sich hilfeschend an andere Leute wenden, doch bei dem Versuch verantwortliche Einrichtungen zu finden, wird man feststellen, daß sich dieses Unterfangen sehr schwierig gestaltet.

Beispiele: Bei dem Versuch für eine junge suizidgefährdete Frau „verantwortliche“ Ärzte zu finden, wird der Laie oft stundenlang getröstet, oftmals sogar unter der Begründung, nicht zuständig zu sein, abgewiesen. Eine ältere Frau mit Schwerbehindertenausweis, welche mit dem Zug fahren musste, aber geistig nicht in der Lage war sich alleine auf den Weg zu machen, wollte sich mit Hilfe von ortsansässigen Hilfsorganisationen begleiten lassen, doch „leider“ hatte niemand Zeit.

Sozialpass der Stadt Konstanz

Der Sozialpass der Stadt Konstanz ist alles andere als Sozial! So ist es zwar möglich mit dem Pass verbilligte Einzeltickets für den Bus und die städtischen Bäder zu erwerben, jedoch berechtigt dieser Pass nicht zum Kauf verbilligter Monatstickets bzw. 10er Karten für die städt. Bäder. Desweiteren bekommt man auch keine Verbilligung für Eintrittskarten für sogenannte alternative Kultur im K9 bzw. KULA.

Stadtmarketing und Soziales

In der Dokumentation der Ergebnisse aus den Arbeitskreisen zum Stadtmarketing Konstanz wird darauf hingewiesen, daß bei der Begrünung und der Möblierung der Innenstadt, ein niederlassen sogenannter Randgruppen ein Risiko darstellt (siehe Band1 Stadtmarketing Konstanz S.23).

Desweiteren wird im Bereich Kulturelles gefordert, die Kunst auf der Strasse zu fördern. „Kunst auf der Strasse“ wird aber dort so definiert, daß dies nicht von richtigen Strassenkünstlern gemacht wird, sondern Stadttheater und Philharmonie mehr Veranstaltungen auf der Strasse machen sollten.

Sozialer Wohnungsbau in Konstanz

In Konstanz gibt es angeblich genügend Sozialwohnungen. Dies stimmt nicht! Bei dem Versuch über eine Wohnungsbaugesellschaft (WOBAG etc.) eine Wohnung zu erhalten, welche dem für das Sozialamt verträglichen Mietniveau entspricht, wird man auf Wartelisten gesetzt, auf wel-

chen man meistens mehrere Jahre steht. Auch ist es auf dem freien Wohnungsmarkt kaum möglich eine Wohnung zu bekommen, da das Sozialamt zu wenig DM pro qm bewilligt.

Gemeinnützige Arbeit

Gemeinnützige Arbeit ist Zwangsarbeit! Sogenannte gemeinnützige Arbeit (auch niederschwellige Arbeit genannt), zu welcher Sozialhilfeempfänger, unter Androhung der Kürzung der Hilfe zum Lebensunterhalt (ca. 450-500 DM mtl.) herangezogen werden, ist menschenunwürdig. Laut „Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte Artikel 23, Absatz 3“, hat jeder Mensch der arbeitet, daß Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert. Dies kann man mit einer Entlohnung von 3.50 DM pro Stunde nicht erreichen.

Das will die PDS/LL

- 1. Ein Haus, welches den ganzen Tag, sowie ganzjährig, für wohnungslose Männer wie Frauen und deren Tiere geöffnet ist. Desweiteren muss dieses Haus die Möglichkeit zur Grundversorgung bieten (Hygiene, Kochgelegenheit).
- 2. Einen sogenannten „Notfalldienst“, welcher rund um die Uhr für die unter dem Punkt „Hilfe für psychisch-sowie körperlich Kranke und arme Menschen“, angesprochenen Menschengruppen erreichbar ist und Hilfe bieten kann.
- 3. Eine komplette Überarbeitung des Sozialpasses, unter Berücksichtigung unserer Forderung, den ÖPNV sowie kulturelle Veranstaltungen für Arbeitslose, Schüler, Studenten, Asylanten und Sozialhilfeempfänger kostenfrei zu gestalten.
- 4. Eine Tolerieren von sogenannten Randgruppen auch in der für den Tourismus umgestalteten Innenstadt.
- 5. Eine Aufhebung der Sondernutzungsgenehmigung der Stadt Konstanz, welche von Strassenkünstlern immer noch Gebühren erhebt.
- 6. Eine Weiterführung des sozialen Wohnungsbaus, sowie eine Anpassung des Sozialamtes Konstanz, an die dem freien Wohnungsmarkt entsprechenden Mieten.
- 7. Die Abschaffung der sogenannten „gemeinnützigen Arbeit“ (Zwangsarbeit) und eine Umwandlung dieser Jobs in eine vollwertige Arbeitsstelle.

Die Armut muss bekämpft werden nicht die Armen!

AusländerInnen und Flüchtlinge

Über 10.000 Menschen leben in Konstanz, die nicht im Besitz eines deutschen Passes sind. Das entspricht etwa 14% der Konstanzerinnen und Konstanzer. Es sind EU-Staatsangehörige, Arbeitsmigrant/innen und ihre Kinder, Flüchtlinge und Asylbewerber/innen. Sie sind hier vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen ausgesetzt:

So wird in sehr vielen Lebensbereichen zwischen Ausländer/innen und Deutschen unterschieden: Ausländer/innen haben kein oder nur ein stark eingeschränktes Wahlrecht; Ausländer/innen aus einem nicht-EU-Land dürfen eine Arbeitsstelle nur dann annehmen, wenn sich niemand anderes für diesen Job finden läßt, Flüchtlinge und Asylbewerber/innen dürfen überhaupt keine reguläre Arbeit ausüben. Polizei und BGS führen – gerade in unserer Grenzregion – ständig Gesichtskontrollen durch: Egal ob am Grenzübergang, auf der Fähre oder im Zug – Menschen mit dunkler Hautfarbe werden regelmäßig kontrolliert und durchsucht. Außerhalb der Grenze selbst natürlich bevorzugt von Beamten/innen in Zivil, damit die deutsche Bevölkerung das alles nicht mitbekommt.

Immigrant/innen

In Konstanz lebende Ausländer/innen sind vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt: Sie müssen eine ständige unterschwellige Ausländerfeindlichkeit bei ihren Mitschüler/innen und Lehrer/innen, bzw. ihren Arbeitskolleg/innen und Chefs aushalten. Ausländer/innen werden als erste entlassen und als letzte wieder eingestellt. Sie sind deshalb besonders häufig arbeitslos. Dabei leben sie häufig schon seit Jahrzehnten hier oder wurden sogar hier geboren. Ausländer/innen sind sie – nach deutschem Recht – trotzdem geblieben.

Kinder haben häufig Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache und werden in die Förderschule abgeschoben. Später sind sie in der Regel arbeitslos. Zwar sind für sie vom Land Baden-Württemberg Förderkurse an den Schulen vorgesehen, stattfinden tun diese – wegen Lehrermangels – jedoch nur in Ausnahmefällen. Wie wichtig solche Kurse sind zeigen die hier lebenden Kinder und Jugendlichen italienischer Abstammung: Für sie bietet das italienische Konsulat geeignete Förderkurse an, mit dem Erfolg, daß sie nicht mehr häufiger in der Förderschule landen als Kinder und Jugendliche deutscher Abstammung.

Die Stadt Konstanz unternimmt nicht nur nichts, um dieses Problem zu lösen, sie bleibt auch sonst in mancherlei Hinsicht hinter vielen anderen Städten zurück:

Ausländer/innen haben spezifische Probleme und Fragen an die Stadt Konstanz, wie z.B.: „Kann ich auch in Italien Pflegegeld und meine Rente erhalten?“; für solche Fragen, für die Unterstützung kultureller Betätigung und vieles mehr ist in Konstanz die Ausländerbeauftragte zuständig. Zwar ist hier eine Vollzeitstelle vorgesehen, jedoch ist diese Stelle seit langem unbesetzt. Die aktuelle Ausländerbeauftragte arbeitet lediglich vertretungsweise und hat lediglich eine Halbtagsstelle. Die Stadt Konstanz gewährt der Ausländerbeauftragten lediglich einen Mini-Etat von 25.000 Mark – für 14% der Bevölkerung!

Städtische Räume, speziell für die Begegnung von Aus-

länder/innen und Deutschen, sowie für die Pflege der kulturellen Traditionen, gibt es nicht. So ist z.B. das Juze mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen und wird auch sonst von Jugendlichen ausländischer Abstammung eher gemieden.

In Konstanz existiert kein echter Ausländerbeirat; das Gremium, daß sich in Konstanz so nennt, besteht zu über der Hälfte aus Mitgliedern des Gemeinderates, bzw. einem der Bürgermeister. Ausländer/innen haben hier also allenfalls Mitbestimmungsrechte. Doch noch nicht einmal diese haben sie, denn dazu fehlen dem Ausländerbeirat die Rechte: Er hat kein Veto- oder Mitbestimmungsrecht in überwiegend Ausländer/innen betreffenden Fragen.

Das will die PDS/LL

Die PDS Linke Liste tritt deshalb dafür ein, daß die Stadt Konstanz

- *kostenlose Deutschkurse für Ausländer/innen in Kindergärten und begleitend zum Schulunterricht einrichtet, sowie daß sie das Angebot an der Volkshochschule – insbesondere für Frauen – ausweitet.*
- *Räume zur Begegnung zwischen den Kulturen und zur Pflege der kulturellen Identität zur Verfügung stellt.*
- *endlich die Vollzeitstelle der Ausländerbeauftragten – vertretungsweise oder dauerhaft – besetzt wird und die – bisher nur vorübergehend eingerichtete – Halbtagsstelle erhalten bleibt.*
- *den Ausländerbeirat reformiert: Er soll ein demokratisch von Ausländer/innen gewähltes Gremium werden. Er benötigt eigene Räume und ausreichend finanzielle Mittel. Er muß ein Vetorecht für überwiegend Ausländer/innen betreffende Fragen erhalten.*

Flüchtlinge und Asylbewerber/innen

Besonders hart trifft es Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis Konstanz, da sie es hier mit dem rigidesten und repressivsten Ausländerbehörde (dem Landratsamt) weit und breit zu tun haben. So hat kürzlich eine Studie der Universität Konstanz herausgefunden, daß Flüchtlinge in Konstanz unter wesentlich schlechteren Bedingungen leben müssen, als Flüchtlinge im Kanton Turgau.

Engagierte unabhängige Sozialarbeiter/innen werden in Konstanz geschäftet und – erst nach Protesten – durch solche ersetzt, die an Weisungen des Landratsamtes gebunden sind. Flüchtlinge und Asylbewerber/innen werden teilweise in Acht-Bett-Zimmern zusammengepfercht. In Konstanz werden – anders als in vielen anderen Landkreisen Baden-Württembergs immer noch Essenspakete mit zu wenig Nahrung in schlechter Qualität statt Geld oder Einkaufsgutscheine verteilt. Zusätzlich zu diesen Paketen erhalten Asylbewerber/innen lediglich 20DM (Kinder: 10DM) pro Woche, von denen Anwalts- und Telefonkosten zu zahlen sind. Dieses Geld muß wöchentlich abgeholt werden. Anders als andere Städte, verweigert die Stadt Konstanz Flüchtlingen den Sozialpaß und somit auch nur eine minimale Teilnahme am öffentlichen Leben.

Härtefallregelungen werden im Landkreis Konstanz in der Regel nicht angewendet: Haben z. B. Angehörige einer Familie einen verschiedenen Aufenthaltsstatus, so wird ihnen das Zusammenwohnen im selben Flüchtlingsheim verweigert. Schwere Erkrankungen – z. B. von Kindern – bleiben unbehandelt, wenn die Krankheitsursache ihren Ursprung in der Zeit vor oder während der Flucht hat. Das Landratsamt kommt nicht für die Kosten der Behandlung – Folgeschäden (z.B. Taubheit) werden dabei in Kauf genommen. Erscheint ein/e konstanzener Asylbewerber/in nicht mehr zu ihrer/seiner sogenannten „gemeinnützigen Arbeit“ – z. B. weil sie/er wegen mehrfacher Folter schwer traumatisiert ist – werden sämtliche Leistungen gestrichen, das heißt sie/er muß verhungern. Bei dieser Arbeit handelt es sich eindeutig um Zwangsarbeit, die mit lediglich zwei Mark pro Stunde auch keinerlei Vergleich mit einem Tariflohn standhält.

Das will die PDS/LL

Wir treten dafür ein, daß die Stadt Konstanz

- *ihren Einfluß auf das Landratsamt gelten macht, daß die Schikanen die Flüchtlingen und Asylbewerbern nur im Landkreis Konstanz zugemutet werden, aufhören.*
- *sich insbesondere für die Abschaffung der Essenspakete stark macht.*
- *den Sozialpaß für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen wieder einführt.*
- *niemanden zu sogenannter „gemeinnütziger Arbeit“ zwingt, Zwangsarbeit hat in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz; sie ist ein Mittel des Faschismus.*
- *eine unabhängige Beratungsstelle für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen schafft und finanziert, die – unter anderem – bei der Formulierung von Anträgen auf Behandlung einer Krankheit oder auf Familienzusammenführung hilft, oder die Widersprüche formuliert, wenn Menschen das Essen verweigert wird. Auch für von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen könnte diese Stelle wieder helfen – z. B. im Krankheitsfall – während die Beratungsstellen des Landkreises gezwungen sind, bei Abschiebungen behilflich zu sein.*

Schule und Jugend

Es ist bekannt, daß Eltern und Schüler für kleinere Klassen kämpfen. Ebenfalls herrscht seit etlichen Jahren das Problem der unausreichenden Klassenräume bzw. die katastrophale Ausstattung dieser Zimmer. Ein weiterer Knackpunkt sind die mangelnden Lehrkräfte.

Die PDS/LL ist sich dessen bewußt, daß es nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Konstanz fällt, sich um die allgemein unglückliche Situation der Schulen im Land Baden-Württemberg zu kümmern. Trotzdem hat die Stadt Möglichkeiten, die Lage zu verbessern.

Das will die PDS/LL

Wir treten dafür ein, daß die Stadt Konstanz

- *mehr Klassenräume für Schüler zur Verfügung stellt.*
- *die Klassenräume in einen wesentlich besseren Zustand bringt.*
- *Fortbildung für Lehrkräfte in den Ferien- und Freizeitbereich setzt.*
- *sich für die allgemeine Situation der Schulen in Konstanz einsetzt.*

Die Situation für Konstanzener Jugendliche ist verheerend. Es gibt weder ausreichend Treffpunkte noch Abendveranstaltung für Teenager. Außerdem gibt es keine angemessenen Fahrzeiten für öffentliche Verkehrsmittel, welche am späten Abend genutzt werden können.

Das will die PDS/LL

Wir treten dafür ein, daß die Stadt Konstanz

- *ein alternatives Jugendprogramm erstellt;*
- *auf die Heranwachsenden eingeht;*
- *mehr Partys und abendliche Veranstaltungen fördert;*
- *die Auflagen für Privatfeten an öffentlichen Plätzen erleichtert;*
- *Jugendlichen die Möglichkeit gibt Eintrittspreise und Getränkepreise dem Taschengeld anzupassen;*
- *mehr Treffpunkte (auch in zentralen Gebieten) ohne Eintrittspreise und ohne ständige Aufsichtspersonen geltend macht;*
- *Ermäßigung der Eintrittspreise für Schüler z.B. im Kulturzentrum vornimmt;*
- *spätere und sinnvollere Verbindungen der Verkehrsmittel in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken erwirkt;*
- *bessere Publikmachung der Freizeitangebote, z.B. Jugendzentrum, betreibt;*
- *sich allgemein für die Organisation der Jugendlichen stark macht.*

Umfassende Gesundheitsversorgung für jeden Menschen

Die PDS/LL sieht mit großer Sorge die seit Jahren zunehmende Organisierung des Gesundheitswesens nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten: Nicht die Frage, wie Krankheiten bekämpft, gemildert oder verhindert werden können steht im Mittelpunkt, sondern die Gesetzgebung fordert, daß eine Behandlung sich rechnen“ muß. Schon jetzt gibt es eine deutliche Zwei-Klassen-Medizin: Besitzende können sich jede Art von Behandlung und Pflege kaufen, haben die günstigsten (Privat-)Kassenbeiträge und kriegen alle Kosten erstattet. Während die einfachen Menschen, die anteilig ohnehin schon die größten Steuerlasten tragen, einen großen Teil ihres Verdienstes in die Krankenversicherungs- und Pflegekassen (Pflichtversicherung) einzahlen müssen. Trotzdem müssen sie zu Medikamenten, Krankenhausbehandlungen, Brillen, Zahnersatz sowie Heil- und Hilfsmitteln immer höhere Zuzahlungen leisten oder auf eine Behandlung „verzichten“...

Die laufenden Kosten der Krankenhäuser werden hauptsächlich aus den Pflegeeinzahlungen der gesetzlichen Krankenversicherung gezahlt, weshalb sich Privatkliniken, wie z.B. die Herzklinik, ohne diese Patienten auf Dauer nicht tragen können.

Wie in der gesamten Bundesrepublik, werden auch im Kreis Konstanz ehemals öffentliche Krankenhäuser privatisiert, zusammengesetzt, Abteilungen geschlossen und Betten gestrichen. Das alles bei Verkürzung der Liegezeiten und einer Zunahme von alten und multimorbiden Kranken. Obwohl dadurch die Arbeitsbelastung zunimmt, wird vor allem am Pflegepersonal gespart, was zu einer drastischen Reduzierung der Patientenrechte und zu teilweise unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Pflegenden führt.

Gleichzeitig erzielen Pharmakonzerne höchste Gewinne; kassieren Klinikdirektoren und Chefärzte horrendes Gehälter und Abfindungen; findet Vorteilsnahme und Vetternwirtschaft bei der Geräte- und Instrumentenbeschaffung statt.

Das Wichtigste, was der Mensch besitzt, ist sein Leben. Daher gehört die Gesunderhaltung zu seinen Grundrechten. Die Kommunen müssen dafür Sorge tragen, daß dieses Recht durchgesetzt wird.

Das will die PDS/LL

Die PDS/LL Konstanz tritt dafür ein:

- Daß in Konstanz ein leistungsfähiges Klinikum, mit allen für die Grund- und Akutversorgung nötigen Abteilungen, in kommunaler Hand erhalten bleibt.
- Daß die private Herzklinik für medizinisch notwendige und sinnvolle Behandlungen auch von Kassenpatienten geöffnet wird.
- Daß nicht nur keine Pflegepersonalstellen weggekürzt, sondern Pflegekräfte eingestellt werden, damit eine fachlich und menschlich hochwertige Therapie gewährleistet ist. Dazu ist es wichtig, daß die Tarifautonomie der Pflegenden erhalten und verbessert wird, denn nur gut bezahlte Fachkräfte, mit geregelter Arbeitszeit und ausreichend Ruhezeiten können gute Pflege erbringen.
- Daß die vom Stadtseniorenrat geforderten fehlenden 100 Pflegeheimplätze eingerichtet werden, damit jeder pflegebedürftige Mensch, bei Bedarf, seine letzten Le-

Die Sicht eines Arztes

Die herrschenden Verhältnisse – und das ist gleichbedeutend mit der Bestimmung der Verhältnisse durch die Herrschenden – lassen in absehbarer Zeit keine grundlegende Änderung erwarten. Sie allein würde gewährleisten, daß der Eid des Hippokrates „den Kranken vor Unrecht und Schaden zu bewahren“ wieder seine ursprüngliche Bedeutung erhält. Das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“, d.h. die Aufhebung der Bindung an unverrückbare ethische Grundsätze, macht es der privilegierten, durch eine mächtige Lobby bestimmenden Ärzteschaft leicht, den Verlockungen des Mammons nachzugeben. Eine unter den „Sparzwängen“ für notwendig bezeichnete Kostendämpfung im Gesundheitswesen wird zu Lasten der Versorgung der Patienten gehen. Der für die Entwicklung im Kapitalismus gültige Spruch „wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben“, gewinnt noch verstärkt Bedeutung. So wie wir im verbrecherischen Krieg gegen Jugoslawien als einzige relevante Gruppe unsere Stimme erhoben haben, werden wir auch auf diesem Feld für die Interessen der Unterprivilegierten, d.h. der Patienten eintreten.

Dr. med. Michael Venedey

bensjahre hier in Geborgenheit und Unversehrtheit verbringen kann. Nicht Luxus-Residenzen (wie z.B. „Tertianum“) mit Mieten von 5.000 bis 6.000 Mark pro Monat werden benötigt, sondern Pflegebetten und erschwingliche betreute Wohnungen für Gebrechliche und Menschen mit Behinderungen!

- Daß die Stadt Sorge trägt zur Schaffung vernetzter Einrichtungen für Prävention, Nachsorge, geriatrische Rehabilitation, Palliativbetten für unheilbar Erkrankte und Betten für Demenzkranke, mit einem den Bedürfnissen entsprechenden Personalschlüssel. Die Hospizbewegung braucht städtische Unterstützung und Förderung, um eine gesicherte und ausreichende Versorgung mit Betten für Sterbende aufzubauen.
- Daß gleiche und verbesserte Behandlungsmöglichkeiten für Obdachlose und Flüchtlinge geschaffen werden.
- Daß Ärzte und Krankenhäuser verpflichtet werden, Untersuchungen und Behandlungen miteinander abzustimmen, um kostengünstig und schonend die Genesung ihrer Patienten zu fördern.

Das Geld für eine verbesserte Gesundheitsversorgung wäre verfügbar, wenn die Lasten gerechter verteilt würden, z.B. durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Besteuerung von Gewinnen, Verhinderung von Steuerflucht der Reichen und eine einheitliche und solidarische Krankenversicherungspflicht für alle Verdienenden. Auch nötig ist eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes, um Gemeinden mehr finanzielle Mittel zuzuführen. Die PDS/LL ist sich natürlich darüber im Klaren, daß die dafür nötige Politik nicht in Konstanz entschieden wird, aber ein Druck „von unten“ ist notwendig, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Daran würden wir gerne mitwirken.

Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr

Konstanz produziert Jahr für Jahr mehr Verkehr: Die Stadt zieht als Grenz- und Touristenstadt mehr Autoverkehr an, als sie verkraften kann. Folge dieses hohen Verkehrsaufkommens sind Lärmbelästigung, Zeitverlust, Verminderung der Lebensqualität und Gefährdung durch Unfälle. Trotzdem wird dem Autoverkehr immer noch Vorrang vor dem Ausbau des öffentlichen Personennah- und überregionalen Verkehrs eingeräumt.

Untersuchungen zeigen jedoch, daß der Ausbau bestehender Straßen oder der Neubau großer Umgehungsstraßen durch ihre größere Schnelligkeit – und dadurch höhere Attraktivität – mehr Verkehr anziehen. Der Bau der Elberfeldspange ist ein Beispiel für diese fragwürdige Verkehrspolitik, die keine nennenswerte Verkehrsentslastung bringen wird. Davon abgesehen werden Anwohner und Anwohnerinnen durch die Hochständerung der Straße auf 8 m hohe Betonpfeiler immens durch Lärm belästigt sowie durch die nahe Verkehrsführung (6 m) an „Kulturladen“ und „Kontraste“ vorbei, gefährdet werden.

Der verständliche Wunsch der Bürger und Bürgerinnen nach Entlastung von den negativen Folgen der Verkehrslawine durch Umgehungsstraßen ist zwar verständlich (Beispiel Wollmatingen), die Lösung sieht jedoch anders aus: nur die Verlangsamung und Verdrängung des Autoverkehrs aus der Stadt und Förderung des öffentlichen Nahverkehrs kann eine Verbesserung der momentanen Verkehrssituation bewirken. Wichtige Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrs und damit Steigerung der Lebensqualität sind

Das will die PDS/LL

- Vermeidung des Autoverkehrs durch Ausbau und Verbesserung des ÖPNV: Verkürzung der Taktzeiten, mehr regionale und überregionale Nachtbusse bzw. Einrichtung von kommunal zu fördernden Sammeltaxen, Ausbau der Busspuren, Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr an allen Ampeln und Verbilligung der Bustarife

fe. Kostenloses Busfahren für alle Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, Sozialpaßinhaberinnen und -inhaber sowie für alle Asylbewerber und -bewerberinnen.

- Einrichtung von Park & Ride Möglichkeiten vor den Toren der Stadt, die von Pendelbussen zum Nulltarif angefahren werden.
- Vorfahrt für den nicht motorisierten Verkehr: Ausbau des Rad- und Gehwegenetzes sowie Erweiterung der Fußgängerzonen, Verbreiterung der Bürgersteige auf mindestens 2 m, mehr Zebrastreifen, Teilung und Verbreiterung von kombinierten Fuß-/Radwegen, Öffnung von Einbahnstraßen für den Radgegenverkehr, Einrichtung von überdachten Fahrradstellplätzen an Verkehrsknotenpunkten.
- Verlangsamung des Verkehrs durch flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in allen Wohngebieten der Stadt.

- Statt Realisierung des Projektes „Luxus-Katamaran“ Ausbau der Schnellbusverbindung zwischen Konstanz und Radolfzell. Davon abgesehen soll angestrebt werden, die Anbindung von Konstanz Richtung Norden (Überlingen, Friedrichshafen, Ravensburg), Westen (Radolfzell, Singen) und Süden (Schweizer Bodenseeraum) möglichst in Form eines überregionalen Verkehrsverbundes aus einer Hand zu betreiben. Zu berücksichtigen sind hierbei harmonisierte Taktzeiten zwischen den einzelnen Bus- bzw. Bahnverbindungen, die garantieren, daß jede/r Pendlerin und Pendler in einem angemessenen Zeitrahmen und zu billigen Tarifen den Arbeitsplatz erreichen können.

Wie das Beispiel „Seehas“ zeigt, sind viele Pendler und Pendlerinnen bereit, ihr Auto stehen zu lassen, wenn sie schnell und bequem mit der Bahn an ihr Ziel kommen.

Neben diesen Maßnahmen gilt es allerdings auch, die Stadt für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer, Gehbehinderte und alle die, die sich nicht der Geschwindigkeit des Verkehrs anpassen können, attraktiver zu gestalten. Deshalb fordern wir

- Verlängerung der Grünphasen an allen Fußgängerampeln,
- Schwellenfreie Absenkung der Gehwege und Querungshilfen an allen Kreuzungen,
- Rampen bzw. Rolltreppen für Gehbehinderte und Personen mit Kinderwägen in allen Unterführungen (besonders in der Sternenplatz- und Bahnhofoberführung),
- Ausstattung aller Busse mit Niederflertechnik sowie
- flächendeckende Ausrüstung aller Fußgängerampeln mit akustischen Signalen für Sehbehinderte.

Für Kommunale Selbstverwaltung!

Die PDS weiß, daß viele Entscheidung, die die Bürgerinnen und Bürger der Stadt betreffen, gar nicht in der Kommune oder vom Gemeinderat entschieden werden. Viele EU-Vorschriften, Bundesgesetze, Ländergesetze, Verwaltungsvorschriften bestimmen den Rahmen.

Experten schätzen, daß rund 90 Prozent aller Ausgaben einer Gemeinde durch zentrale Instanzen vorgeschrieben werden. Die PDS fordert deshalb bundesweit: Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern!

Für die PDS sind Kommunen nicht die Fortsetzung des Zentralstaates, sondern als Form selbstbestimmter Selbstorganisation des Lebens aller Gemeindemitglieder Grundlage jedes Gemeinwesens. In der Kommune gibt es die Chance einer gesellschaftlichen Erprobung neuer Lebensformen. Die Kommunen können die Kerne einer kleinräumigen, regional weitgehend geschlossenen, dabei vernetzungs- und kooperationsfähigen Reproduktion werden. Solche lebensfähigen, flexiblen Sozialräume können die notwendigen Gegengewichte zu den zentralistischen Strukturen aller wesentlichen Gesellschaftsbereiche abgeben.

Kommunale Selbstverwaltung verwirklichen Erweiterung direkter Demokratie

Für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist die Erweiterung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Einwohnerinnen und Einwohner unerlässlich. Der Themenkreis bei Bürgerbegehren und -entscheiden sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landkreisebene muß erweitert werden. Auch müssen hierbei weitere juristische Hürden, beispielsweise die erforderliche Stimmzahl, gesenkt werden. Bürgerkomitees, Bürgerinitiativen und Vereine müssen mit umfassenderen Rechten gegenüber der Kommunalvertretung ausgestattet werden.

Eingefordert wird die Absenkung des Wahlalters ab vollendetem 16. Lebensjahr und das Wahlrecht für alle Menschen am Ort ihres Lebensmittelpunktes. Kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger müssen mit größeren Rechten ausgestattet werden.

Die PDS ist für eine Neubestimmung der Zuständigkeiten der Kommunalverwaltungen und für Verwaltungsmodernisierung. Das darf aber nicht dazu führen, daß die politischen Gestaltungsspielräume der gewählten kommunalen Vertretungen eingeschränkt werden. Die PDS wendet sich gegen alle Versuche, mit dem sogenannten Dienstleistungsunternehmen Kommune den Abbau von Demokratie zu bemänteln. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das Verwaltungshandeln bedarfsgerecht und effizient, transparent und demokratisch kontrollierbar zu gestalten. Öffentliche Leistungen sind auch dann zu erbringen, wenn sie aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht unrentabel scheinen.

Die Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Kommunen auf Bundes- und Landesebene sind spürbar zu erweitern. Bei all dem betrachten wir die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung als einen wichtigen Orientierungsrahmen.

Das will die PDS/LL

Reform der Kommunalfinanzierung

Als Eckpunkte einer solchen Reform stellt die PDS zur Diskussion:

- *Unternehmen dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für die von ihnen maßgeblich genutzte kommunale Infrastruktur entlassen werden. Es ist eine Revitalisierung vor allem der Gewerbeertragssteuer durch Einbeziehung kapitalkräftiger Freiberufler bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in deren Erhebung erforderlich.*
- *Auch die Wirksamkeit der Einkommenssteuer für die Kommunalfinanzierung ist zu erhöhen. Der Anteil der Gemeinden an der Einkommenssteuer sollte von derzeit 15% auf künftig 20% erhöht werden. Es scheint darüber hinaus angebracht, bei ihrer Erhebung vom ausschließlichen Wohnortprinzip abzugehen und eine Verknüpfung von Wohnort- und Arbeitsortprinzip vorzunehmen.*
- *Die Grundsteuer muß als wichtige kommunale Einnahme erhalten bleiben. Sie sollte vor allem in Richtung eines ökologisch orientierten Bodensteuerkonzepts weiter ausgestaltet werden.*

Kultur

Es ist logisch, daß in einem System, dessen oberstes Prinzip ist, Profit zu machen, für Kultur wenig Platz ist. Wenn überhaupt, dann dient sie als Spielwiese für die meist hedonistischen, d.h. nur auf ihren möglichst exklusiven Lustgewinn bedachten Reichen. Angesichts der immer verrücktere Ausmaße annehmenden Kluft zwischen den Milliardären und Millionären auf der einen Seite und der riesigen Masse von Lohnabhängigen und Sozialhilfeempfängern andererseits wird für diese Gruppe der Zugang zum bestehenden Kulturangebot immer unerschwinglicher. Auf dem Weg in die Barbarei werden letzte, noch aus der Zeit der Aufklärung herrührende Reste von Vorstellungen, man müsse das Volk kultivieren, über Bord geworfen.

Das will die PDS/LL

In diesem Sinne werden wir uns dafür einsetzen, daß Kulturveranstaltungen, die der eiteln Selbstinszenierung von vermögenden Personen oder Gruppierungen dienen, nicht noch zu fördern. Das Schwergewicht unserer Unterstützung wird alternativen und kritischen Projekten dienen. Wir sind gegen „Events“, die zum Ziel haben, das „Image“ profitorientierter Unternehmungen zu heben.

- *Allgemeine Finanzzuweisungen des Bundes und der Länder an die Kommunen müssen grundsätzlich das Primat vor entsprechenden Zweckzuweisungen haben.*
- *Die ostdeutschen Kommunen sollten angesichts der noch länger anhaltenden akuten Schwäche an eigenen Steuereinnahmen eine auf 10 Jahre ausgelegte, möglichst verfassungsrechtlich garantierte Finanzpauschale des Bundes erhalten. Darüber hinaus treten wir ein,*
- *die Abgabenordnung des Bundes und die Kommunalabgabengesetze der Länder sozialverträglich zu novellieren;*
- *eine Steuerpflicht für kommunale Eigenbetriebe zu verhindern;*
- *das Eisenbahnkreuzungsgesetz mit dem Ziel zu ändern, die Kommunen von den ihnen willkürlich aufgedrückten Lasten für die Unterhaltung von Bahnübergängen bzw. Eisenbahnbrücken wieder zu befreien.*

Sicherung und Mehrung des kommunalen Eigentums

Rigorese Privatisierung von Kommunaleigentum, das zeigen viele Erfahrungen, sind kein geeigneter Weg, die akute Finanznot der Kommunen auf Dauer zu überwinden. Sie sind oft unsozial und führen langfristig zu einem weiteren Verlust kommunaler Einflußmöglichkeiten. Oft gehen sie auch zu Lasten ökologischer Politik. Statt dessen müssen kommunale Unternehmen – insbesondere der Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Wohnungswirtschaft, im öffentlichem Personennahverkehr – gesichert und erweitert werden.

Durch die Überarbeitung von Vergabeordnungen sind vor allem ortsansässige Unternehmen zu fördern, die Arbeitskräfte aus der Region beschäftigen, Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit einstellen, die Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderungen gewährleisten und eine tarifgerechte Bezahlung vornehmen.

Wir treten für die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen ein. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor in den Kommunen muß erweitert werden und vorrangig feste Arbeitsplätze im sozio-kulturellen und Umweltbereich schaffen. Kommunalen Grund und Boden darf nicht weiter veräußert werden. Wir sind für die Vergabe von Erbbau-rechten.

(aus dem Beschluß des PDS-Parteitages zur Kommunalpolitik im Januar 1996 in Magdeburg)

TERMINE + VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 6.10., 20.00 Uhr, „Fragata“:
Sozial und solidarisch – Was will die PDS/LL im Konstanzer Gemeinderat

Samstag, 9.10., 10.30 Uhr, Obermarkt:
Infostand der PDS/LL

Freitag, 15.10., 20.00 Uhr, „Fragata“:
Nie wieder Krieg – Gemeinsam für Gerechtigkeit
Veranstaltung mit dem Spitzenkandidaten der PDS/LL, Dr. med. Michael Venedey

Samstag, 16.10., 10.30, Obermarkt:
Infostand der PDS/LL

Mittwoch, 20.10., 20.00, Hotel „Graf Zeppelin“:
Veranstaltung mit Lothar Bisky, Bundesvorsitzender der PDS

Samstag, 23.10., 10.30, Zähringerplatz
Infostand der PDS/LL

Jeden Montag, 19.30, „Fragata“:
Öffentliche Mitgliederversammlung der PDS/LL

In eigener Sache

Liebe Wählerin, lieber Wähler

Wie Sie vielleicht schon festgestellt haben, ist es uns bei der Aufstellung der PDS/LL-Liste nicht gelungen, die Zahl von 40 möglichen KandidatInnen auszuschöpfen. Das hat zum einen mit der Tatsache zu tun, daß wir in Konstanz eine junge Partei sind, die sich im Aufbau befindet; zum anderen aber auch mit der Stigmatisierung der PDS in der Öffentlichkeit, die so manche Sympathisantin und manchen Sympathisanten vor einer Kandidatur zurückschrecken ließ.

Angesichts dieser Voraussetzungen betrachten wir es als Erfolg, daß wir 22 KandidatInnen für die PDS/LL gewinnen konnten; daß es keine 40 geworden sind, mindert jedoch unsere Wahlchancen, denn bekanntlich hat jeder Wähler und jede Wählerin so viele Stimmen, wie es Sitze im Gemeinderat gibt, in Konstanz also 40.

Im baden-württembergischen Kommunalwahlrecht gibt es für den/die WählerIn nun aber die Möglichkeit, zu panaschieren (die 40 Stimmen auf KandidatInnen verschiedener Listen zu verteilen) und zu kumulieren (einzelnen KandidatInnen bis zu drei Stimmen der 40 Stimmen zu geben). Letzteres bietet die Möglichkeit, daß die PDS/LL mit der vollen Stimmenzahl gewählt werden kann.

Also: Wer will, daß die PDS/LL nach dem 24. Oktober die Chance erhält, im Konstanzer Gemeinderat für soziale Interessen zu streiten, sollte nicht einfach die Liste ankreuzen, sondern sich der Mühe unterziehen, seine 40 Stimmen nach Wunsch auf die 22 Kandidatinnen und Kandidaten der PDS/LL verteilen.